

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tagesblatt Rieser
Bernauer Str. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagskontonr.
Dresden 1582.
Verleger:
Rieser Nr. 52.

Nr. 128.

Montag, 4. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wiedereintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erstreckt sich, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Der Adler“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nölsmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Wirkungen der Wahlen.

So eilig hat es die französische Presse nicht gehabt, die Wirkung der deutschen Wahlen auf die Außenpolitik festzustellen. Raum waren ja die Wahlen in Frankreich vorüber, noch ungeklärt waren die Mehrheitsverhältnisse der französischen Kammer, fast stand allein, daß Poincaré die Schlacht gewonnen und Frankreich weiter beherrschen werde. Ohne Zweifel lag darin auch die Gewähr für die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik durch Frankreich. Erst nach und nach greift die französische Presse die Unsicherheit in Deutschland, die als Folge der Wahl aufgetreten ist, die Unsicherheit der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage, auf und versucht, den politischen Handel in französischem Sinne zu deuten. Zunächst einmal erschien sofort Herr Bauer in Berlin, wußte vom preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun ein Interview zu ergattern (es gelang letztendlich diesem dem Reichstag, an jeden heran zu kommen), das deshalb wichtig genannt wurde. Bauerwein verstand es, in sein Interview Bindungen zu bringen, die nicht nur die eigenen Ansichten darstellten, aber vortäuschen konnten, als ob Braun ihm versichert hätte, die Sozialdemokraten erwarteten die Unterstützung Frankreichs, wenn sie erfolgreich regieren sollten. Ein Dementi, diesmal mit Recht, ist sofort erfolgt. In Frankreich aber geht tatsächlich die Mär um, die kommende deutsche Regierungsmehrheit, beherrscht von den Sozialdemokraten, die neue deutsche Regierung, unter Führung eines sozialdemokratischen Reichskanzlers brauche französisches Wohlwollen, französische Anerkennung, und vielleicht auch einige kleine Konzessionen, um populär zu werden. Es ist angelehnt dieser französischen Anschauung notwendig, daß man von vornherein die sich auflösenden Freunde abscheidet und feststellt: Auch künftig wird Reichstag und Regierung in Deutschland allein im Wohlwollen von Volk und Vaterland zu arbeiten. Aber von Frankreich erwarten beide nicht Konzessionen um der Gnade willen, nicht Entgegenkommen zur Stimmungsmache, sondern sie erwarten, just wie es die alte Regierung, der alte Reichstag getan: Die Erfüllung vertraglicher Verbindlichkeiten durch Frankreich. Diese vertraglichen Verbindlichkeiten, die Frankreich nicht erfüllt hat, werden allmählich unübersehbar. Jedenfalls versucht die französische Presse, Verpflichtungen irgendwelcher Art abzuleugnen und immer nur von dem großen französischen Wohlwollen und Entgegenkommen zu sprechen, das jetzt besonders beachtlich ist, weil die neue Parteienstellung Frankreichs so gut gefalle. Im Grunde ist es aber den Franzosen ganz gleichgültig, wer in Deutschland regiert. Die Hauptsache ist, daß die Regierenden nicht auf den Tisch schlagen und Frankreich gegenüber ihr Recht fordern, das Recht Deutschlands auf Einhaltung von Verträgen, Erfüllung von Versprechungen. Man sollte sich in Frankreich nicht täuschen: Auch wenn jetzt eine Linksmehrheit in Deutschland vorhanden ist, kann nicht von berechtigten Forderungen abgesehen werden. Auch ein sozialdemokratischer Reichskanzler wird darauf sehen müssen, daß deutsche Rechte nicht geschmälert werden. Es ist deshalb völlig überflüssig, durch geschickte umschriebene Interviews und durch bilde reiche Verheißungen französischer Sympathie den Schein französischer Großherzigkeit zu wecken. Wenn wirklich in der nächsten Zeit einige berechtigtere Forderungen Deutschlands in Erfüllung gehen, so ist nicht Grund dafür der Ausgang der Wahl, die neue Einstellung in Deutschland, sondern weil auf die Dauer Unrecht nicht vertuscht werden kann.

Erklärungen Kollins zum Schachtprozess.

Moskau. (Tel.-Agentur der Sowjetunion.) Kollin erklärte in einer Rede auf dem hier tagenden Landwirtschaftskongress in Verantwortung einer Frage über die Beziehungen der U.S.S.R. zu Deutschland u. a.: In der deutschen Presse macht sich im Zusammenhang mit dem Schachtprozess ein falscher Ton hinsichtlich der Beziehungen der U.S.S.R. zu Deutschland bemerkbar. Die Behauptung einzelner deutscher Blätter, daß die Verhaftung deutscher Ingenieure angeblich künstlich in Verbindung mit dem Schachtprozess gebracht wurde, ist eine Entschuldigung. Jeder denkende Mensch wird leicht begreifen, daß die Verhaftung der Ingenieure ausschließlich durch das gegen sie vorliegende Anklagematerial veranlaßt wurde. Aus der Tatsache der Verhaftung deutscher Ingenieure kann nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß wir die Handlungen dieser Personen mit den deutschen Firmen in Beziehung bringen. Nach meiner Meinung bestehen durchaus keine Gründe dafür, deutsche Firmen der Beteiligung an den den verhafteten Ingenieuren zur Last gelegten Handlungen zu verdächtigen. Ich muß bemerken, daß der Schachtprozess die Zahl der in der U.S.S.R. tätigen deutschen Fachleute nicht verringert hat. Das ist der beste Beweis, daß wir den einzelnen Fall der Verhaftung von zwei deutschen Ingenieuren zur Verantwortung nicht mit unseren allgemeinen Beziehungen zu Deutschland verknüpfen. Nach meiner Überzeugung wird sich der Oberste Gerichtshof ausschließlich durch die Bestimmungen des Sowjetrechtes leiten lassen, das strenger ist als das bürgerliche Recht. Er wird die Schuldigen bestrafen und die Unschuldigen freisprechen. Je weiter sich die Gerichtsverhandlung entwickelt, desto mehr wird die deutsche Presse die Wirklichkeit dabei, sich davon zu überzeugen, daß das Sowjetrecht keine politischen Ziele verfolgt und nur bestrebt ist, die tatsächliche Beteiligung der An-

Rechnungsabluß des Reichs-Haushalts 1927.

Berlin. Das Reichsfinanzministerium veröffentlichte eine vergleichende Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs in den Jahren 1924 bis 1927 und der Kasse in dem endgültigen Haushaltsplan 1928. Im Rechnungsjahr 1927 betragen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 8 677 Millionen RM., die bisher geleisteten Ausgaben 8 618 Millionen RM. Von dem rechnungsmäßigen Unterschiedsbetrag sind zur Deckung von Nachausgaben (nach Abzug der Rückstellungen) 520 Millionen RM. erforderlich, so daß nach Abzug dieses Bedarfs für das Jahr 1927 ein Ueberschuß von 388 Millionen RM. verbleibt. Im Haushaltsplan für 1928 ist von diesem Ueberschuß bereits in der Höhe von 162 Millionen RM. verfügt worden. Der nunmehr weiter zur Verfügung stehende Betrag von 226 Millionen RM. ist der Abdeckung des Extraordinariums zugewandt worden. Beim außerordentlichen Haushalt sind im Jahre 1927 141,3 Millionen RM. vereinnahmt worden. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben in Höhe von 192,7 Millionen RM. gegenüber, so daß sich beim außerordentlichen Haushalt für 1927 ein Zahlungsbetrag von 51,4 Millionen RM. ergibt. Hierzu kommt der im Rechnungsjahre 1928 angebede gebliebene Zahlungsbetrag des Extraordinariums in Höhe von

296 Millionen RM., der auf 1927 übertragen werden mußte. Danach sind bis zum Ende des Rechnungsjahres 1927 außerordentliche Ausgaben in Höhe von 641,4 Millionen RM. verausgabt worden. Davon konnten nunmehr 176,2 Millionen RM. aus den vorerwähnten Ueberschüssen des ordentlichen Haushalts endgültig abgedeckt werden; nach deren Abzug stellt sich die Verschuldung des außerordentlichen Haushalts auf 465,2 Millionen RM. Zur Deckung dieser Verschuldung und der am Schlusse des Rechnungsjahres noch ungedeckten Ausgaben in Höhe von 258,8 Millionen RM. bleibt ein Zahlungsbetrag von 724 Millionen Reichsmark. Die diesem Bedarf entsprechende Anleiheermächtigung von 724 Millionen RM. ermäßigt sich durch Veranschlagung des rechtlichen Betriebsmittelfonds von 62 Millionen RM. auf 662 Millionen RM. Der bisherige Anleihebedarf von 814 Millionen RM. ist also um 252 Millionen RM. vermindert worden.

Die vom Reichsfinanzministerium eingeleiteten Maßnahmen lassen erhoffen, daß durch eine scharfe Ueberwachung des Extraordinariums auch weiterhin eine nicht unwesentliche Herabminderung des Bedarfs oder wenigstens eine Streckung dieses Bedarfs über einen längeren Zeitraum erzielt werden wird.

Beginn der 50. Tagung des Völkerbundesrates.

Genf. (Funkspruch.) Der Völkerbundsrat ist heute mittig unter dem Vorsitz des kubanischen Staatspräsidenten und Generalen in Berlin Agüero beihaufen der turnusgemäß die nächsten 5 Monate die Funktionen des Ratpräsidenten ausüben wird, zu seiner 50. Tagung zusammengetreten. Deutschland und Frankreich, die seit der Annahme Deutschlands in den Völkerbund im September 1926 für jede Ratstagung ihre Außenminister nach Genf entsandt hatten, sind diesmal durch Staatssekretäre von Schuberth und Paul Boncour, der 2. Delegierten Frankreichs, beim Völkerbundsrat, vertreten, während für England Sir Austen Chamberlain am Ratistisch Platz genommen hat. Auch die meisten anderen Ratstaaten haben die gleichen Vertreter entsandt, denen sie bereits in den letzten Tagungen ihre Vertretungen übertragen hatten. Die Tagung wurde wie üblich durch eine nichtöffentliche Sitzung zur Genehmigung der Tagesordnung und Regelung der Tagesarbeiten eröffnet. Die Beilegung des Zwischenfalls von St. Gotthard, der ungarisch-rumänische Distanzfreiheit und der Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen werden erst in der 2. Hälfte dieser Woche zur öffentlichen Verhandlung kommen. Der erste Teil wird nur der Entscheidung über die schwebenden Rinderheuteklagen, besonders wegen der deutschen Rinderheuteklagen in Polnisch-Oberschlesien, von Interesse sein.

Man erwartet bereits für den Anfang der Tagung zahlreiche Besprechungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten Woldeparas, der, wie allgemein angenommen wird, sich diesmal vermehrt den Schwierigkeiten bei der Vertretung seines Staatsgebietes gegenüber stellen wird. Die polnische litauische Frage wird lebhaft am Mittwoch und der Distanzfreiheit kaum vor Freitag zur Debatte gestellt werden. Obwohl Rumänien bei seinem Widerstand gegen die Würzburger Entscheidung des Rates bleibt, glaubt man in ungarischen Kreisen annehmen zu dürfen, daß der Rat nunmehr durch die Erneuerung der beiden neutralen Justizrichter in das ungarisch-rumänische Schiedsgericht zur Vertretung seines Reiches übertritt.

Uebersendung der polnischen Wilna-Note an den Völkerbundsrat.

Genf. (Funkspruch.) Die polnische Delegation hat heute eine Abchrift der polnischen Wilna-Note an Litauen wegen der Proklamierung Wilnas zur litauischen Hauptstadt dem neuen Ratpräsidenten mit der Bitte um Weiterleitung an die Ratmitglieder ansetzen lassen.

Klagen an den ihnen zur Last gelegten Handlungen festzustellen. Dann wird auch die Spannung von selbst verschwinden.

Die Räumung Peking.

Peking. Die Offensivstation ist mit Sägen ausgestattet, die zum größten Teil mit Truppen und Beamten voll besetzt sind. Starke Truppenabteilungen ziehen durch die Tore der Stadt, um die Mandschurei zu Fuß zu erreichen. Es sind keine Zeichen von Panik wahrzunehmen und die Soldaten betragen sich ordentlich und sind in guter Stimmung.

Ruhe in Peking.

Peking. Als sich Tchangscholin, von seinem Stabe begleitet, in einem Panzerauto vom Winterpalast nach dem Bahnhof begab, waren die Straßen Pekings streng bewacht. Auf dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Truppen, Vertreter der Behörden und Fremde versammelt. Unter kläglichem Geul begab sich Tchangscholin lächelnd in seinen Privat-Panzerwagen. In Peking herrscht heute morgen vollkommene Ruhe und keinerlei Unordnung. Sämtliche Soldaten haben die Stadt verlassen, in der jetzt Polizei und Gendarmerte die Ordnung aufrechterhalten. Nach umlaufenden Gerüchten beabsichtigen die Führer der Fremden-Truppen, Tchangscholin und Panqauting, die schon lange mit den nationalpolitischen Ideen sympathisieren, sich den Soldatentruppen anzuschließen und mit ihren Armeen in Tschili zu bleiben.

Ein Aufruf Tchangscholins an das chinesische Volk.

Sondon. (Tel.) Nach Meldungen aus Peking veröffentlichte Tchangscholin vor seiner Abreise aus der Hauptstadt einen Aufruf an das chinesische Volk, in dem er u. a. betont, daß kein Gewissen vor der Welt und den kommenden Geschlechtern rein ist. Der Bürgerkrieg habe die wirtschaftliche Lage des Landes in große Gefahr gebracht. Große Teile des Volkes seien ohne Unterhalt und dem Hunger ausgesetzt. Diese Folgen seien weder beabsichtigt noch von ihm erwartet worden, als er den Feldzug gegen die Motten begann. Er habe vielmehr den Staat schütten wollen.

In einer Unterredung mit Vertretern der Handelskammer erklärte Tchangscholin, er habe seine Truppen im Interesse des Friedens zurückgezogen. Wenn einer der älteren Staatsmänner Tchangscholin, der in Peking die Ordnung aufrecht erhält, das sich mit dem Befehlshaber der Schansiprowinz, General Yen, der mit dem Süden zusammenarbeitet, in Verbindung setze. Yen erwiderte, daß seine Soldatentruppen die Hauptstadt betreten würden. Der Sohn Tchangscholins verbleibt mit starken Schutzmannschaften in Peking, um mit dem Befehlshaber die Einzelheiten der Uebergabe in Peking zu vereinbaren. Die Bahnhöfe in Peking waren am Sonnabend nachmittag völlig verunpflügt. Alle Seitengleise waren mit langen Sägen angefüllt, die mit Truppen besetzt waren.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Berlin. In Paris finden gegenwärtig Besprechungen über Änderungen des deutsch-französischen Handelsvertrages statt. Durchaus irreführend ist jedoch, wie aus von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, die in einem Teil der Presse aufgetauchte Behauptung, als ob diese Verhandlungen eine Umwandlung eines bisher bestehenden provisorischen Vertrages in ein definitives zum Ziel hätten. Tatsächlich besteht ja der Handelsvertrag bereits seit dem August 1927. Da aber verschiedene seiner Bestimmungen damals erst kurz vor dem Abschluß des Vertrages noch in der Gasse formuliert wurden, so enthält dieses Instrument verschiedene Schönheitsfehler, die auch zu Unsicherheiten in der Auslegung des Vertrages geführt haben. Aus diesem Grunde war Ferrus im April in Berlin und die damals von ihm begonnenen Besprechungen zur Beseitigung dieser Unklarheiten werden jetzt in Paris fortgesetzt.

Stresemann außer Bett.

Berlin. (Funkspruch.) Im Befinden Dr. Stresemanns ist die Besserung soweit hergestellt, daß der Außenminister bereits einige Stunden des Tages außerhalb des Krankenzimmers verbringen konnte. Die Ärzte halten es aber für angebracht, daß Stresemann bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung nicht mitwirken können, sofern diese nicht in seinem Krankenzimmer geführt werden.